

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

## Kampf ums Wasser ohne deutschen Kredit

Berlin bereitet seinen Ausstieg aus der Finanzierung eines Staudammprojektes in der Türkei vor, weil Ankara die Auflagen nicht erfüllt

Seit Jahrzehnten plant die Türkei einen meisterhaften Coup: Ingenieure sollen die türkische Herrschaft über das Wasser des Nahen Ostens sichern, den kurdischen Rebellen der PKK Kommunikationswege abschneiden, das Ganze soll auch noch der Energiegewinnung dienen, und finanzieren soll es der Westen.

Das alles würde der Ilisu-Staudamm leisten, wenn er denn gebaut würde: 135 Meter hoch, 1800 Meter breit. Mit ihm soll das Wasser des Tigris auf einer 300 Quadratkilometer großen Fläche gestaut und ein 1200-Megawatt-Wasserkraftwerk angetrieben werden. Ein Wunder der Technik. Aus dem Mammutprojekt droht nun aber ein Wunder kritischer PR-Arbeit von Umweltschützern und Menschenrechtlern zu werden. Sie könnten es schaffen, die stolzen Pläne türkischer Planer zum zweiten Mal zum Scheitern zu bringen.

Deutschland, die Schweiz und Österreich wollen Kreditbürgschaften in Höhe von 450 Millionen Euro zurückziehen, weil die Türkei rund 150 Auflagen der Weltbank für das Projekt nicht erfüllt hat. Nicht nur das – obwohl eine Frist zur Erfüllung dieser Auflagen ablief und obwohl die Türkei wusste, dass sie kaum etwas unternommen hatte, um die Bedingungen zu erfüllen, begann sie laut Medienberichten schon mit den Bauvorbereitungen, leitete die erforderlichen Enteignungen der Anwohner ein und brach damit internationale Vereinbarungen, vorerst keinerlei weitere Schritte zu unternehmen, bis die Auflagen erfüllt sind. Diese betreffen unter

anderem die Sicherung bedrohter Kulturschätze, die Entschädigung von Anwohnern, die umsiedeln müssen, und Umweltschutz. Der größte kulturelle Verlust wäre die Stadt Hasankeyf, 3600 Einwohner, eine antike Höhlenstadt am Tigris. 15 Zivilisationen hinterließen ihre Spuren, seit hier Assyrer siedelten, 700 Jahre vor Christus. Aber gewohnt wurde in den Höhlen am Tigris seit der Steinzeit. "Hier sind Überreste einer der ältesten belegbaren menschlichen Siedlungen", sagt Archäologe Ali Demirkan. All das soll, wenn der Staudamm steht, überflutet werden, bevor es wirklich erforscht ist.

Die Türkei hat sich verpflichtet, Hasankeyf weiter weg vom Wasser wieder aufzubauen. Das geht zwar gar nicht – man müsste die Berge versetzen, um die Höhlen zu retten –, aber die Geldgeber ließen sich darauf ein. Nur, offenbar hat die türkische Regierung nicht einmal für solche unzulänglichen Maßnahmen wie Nachbildungen seriöse Vorbereitungen getroffen. Die zweite zentrale Bedingung ist eine anständige Entschädigung der Anwohner. Ein Besuch vor anderthalb Jahren zeigte, dass die meisten Anwohner bereit schienen, Kompensationen zu akzeptieren in Höhe von beispielsweise "20 Prozent mehr als der Wert unseres Hauses". Niemand wollte aber in – von der Regierung vorgeschlagene – neu gebaute Dörfer ziehen. Deren Zweck bestünde auch darin, die als verdächtig geltende Bevölkerung zu kontrollieren – dies ist PKK-Land, und fast jede Familie hat Freunde oder Verwandte im kurdischen Kampf gegen die Regierungstruppen verloren oder hat sie heute noch "in den Bergen". Nun hat man in Ankara laut Medienberichten schlicht Enteignungen der – je

nach Darstellung – 11.000 bis 65.000 betroffenen Anwohner eingeleitet. Der dritte Punkt in der Mängelliste betrifft vernachlässigte Umweltschutzmaßnahmen.

Die politischen Probleme, die das Projekt hervorruft, sind jedoch noch viel umfassender. Die Nachbarstaaten Irak und Syrien sind besorgt. Der irakische Wassermminister Latif Raschid äußerte sich im vergangenen Jahr "extrem beunruhigt". Bagdad fürchtet, dass das Land 40 Prozent seiner Agrarböden verlieren wird. Die Türkei könnte die Wassermenge des Tigris im Irak um fast die Hälfte reduzieren – und jenes Wasser bestünde aus Rückflüssen türkischer Bewässerungssysteme, womit sich der Versalzungsgrad verdoppeln würde. Ihm zufolge ist das Staudammprojekt nicht Energiepolitik, sondern ein Kampf um die "Herrschaft über das Wasser". Aus all den politischen Gründen scheint die Türkei entschlossen, aus eigener Kraft das Projekt voranzutreiben: Umweltminister Ergo erklärte kürzlich, ein Ausstieg der Europäer werde "überhaupt keine Konsequenzen" haben. Die Türkei könne notfalls "noch viel größere Staudämme" bauen.

Ob das stimmt, bleibt abzuwarten. Schon einmal – in den Achtzigerjahren – war das Projekt ganz ähnlich gescheitert. Damals protestierten Menschenrechtler und Umweltschützer – woraufhin westliche Geldgeber sich aus dem Projekt zurückzogen. Im Augenblick ringt die Türkei um neue Kredite des Internationalen Währungsfonds, um die strauchelnde Volkswirtschaft zu retten. Ob Ankara gerade in dieser Zeit knapper Kredite die zwei Milliarden Euro für das Projekt aufzutreiben kann, ist jedoch fraglich.

(DW, 23.12., ISKU)

### Meldungen

**„Sechs Gefangene nach Imrali“**  
Nach Angaben des türkischen Justizministers Mehmet Ali Sahin sollen sechs weitere Gefangene nach Imrali verlegt werden, wo Abdullah Öcalan bisher als einziger Gefangener einsitzt. Gegenüber dem TV-Sender CNN Türk erläuterte Sahin, das Gesetz sehe für Häftlinge mit einer lebenslangen Haftstrafe, die in Einzelzellen in F-Typ-Gefängnissen untergebracht seien, die Möglichkeit vor, bis zu zehn Stunden wöchentlich mit anderen Gefangenen zum Gespräch zusammen zu kommen. Unter der Voraussetzung der „guten Führung“ könnten sich bis zu zehn Gefangene unterhalten. Da Abdullah Öcalan der einzige Gefangene auf Imrali sei, komme dieses Recht nicht zur Anwendung. „An eine Verlegung Öcalans in ein anderes Gefängnis denken wir nicht. Es liegt ein Bericht des europäischen Antifolterkomitees vor, demnach auf Imrali Isolationsbedingungen herrschen.“ Aus diesem Grund seien auf der Gefängnisinsel Bauarbeiten begonnen worden, um sechs weitere Personen dort unterbringen zu können. Um wen es sich dabei handeln könnte, erklärte Sahin nicht.

(ANF, 19.12., ISKU)

**Bombardierung Kandils hält an**  
Innerhalb eines knappen Monats sind durch Bombardierungen der iranischen und der türkischen Armee acht Schulen, fünf Moscheen und vier Gesundheitsstationen in Kandil und Xakurke beschädigt worden. Insgesamt sind 30 Dörfer betroffen. Die Angriffe der iranischen Armee hatten am 28. November angefangen.

Auch am 22.12. standen mehrere Dörfer in Kandil unter zwölfstündigem Beschuss durch iranische Raketenwerfer. Wie Bapir Haci Kake Emin als Vorsteher des Dorfes Beste erklärte, sei es nur deshalb nicht zu Toten gekommen, weil die Dörfer in der vergangenen Woche komplett evakuiert worden seien. Es sei allerdings zu großem Sachschaden gekommen.

(ÖP, 23.12., ISKU)

**Parolenrufe gleich Mitgliedschaft**

Der Kassationsgerichtshof der Türkei hat mit einem Urteil den Weg dafür geebnet, dass Personen, die wegen Parolenrufen angeklagt werden, künftig wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation verurteilt werden können. Im Fall von Veysi Kaya, der in drei Fällen wegen der Teilnahme an einer Kundge-

## Massenabschiebung kurdischer Flüchtlinge aus Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland hat eine Massenabschiebung von 150 kurdischen Flüchtlingen von Düsseldorf nach Istanbul durchgeführt. Die meisten wurden bei der Ankunft festgenommen. Wie Rechtsanwältin Yeter Kaplan erklärte, würden die Massenabschiebungen aus Kostengründen zweimal jährlich durchgeführt. Dabei seien auch Kranke aus

Krankenhäusern geholt und abgeschoben worden.

2008 war für kurdische Flüchtlinge ein schweres Jahr. Zehntausende waren mit der Begründung, die Türkei habe sich demokratisiert, von Asylwiderrufsverfahren betroffen. Diejenigen, denen das Aufenthaltsrecht entzogen wurde, leben mit einer Duldung in der ständigen Gefahr der Abschie-

bung. 150 von ihnen wurden gestern mit einer Chartermaschine unter hohen Sicherheitsvorkehrungen aus Düsseldorf abgeschoben. Um Widersprüche zu verhindern, sind bei solchen Flüchten Mitarbeiter der Ausländerbehörde sowie Ärzte anwesend.

In Deutschland leben über 150.000 Flüchtlinge mit einer Duldung.

(ÖP, 20.12., ISKU)

Der Begriff Ehre wird neu definiert

# „Unsere Ehre ist unsere Freiheit“

Die Istanbuler DTP-Abgeordnete Sebahat Tuncel hat zu der von der Demokratischen Freien Frauenbewegung (DÖKH) in der Türkei gestartete Kampagne unter dem Motto „Unsere Ehre ist unsere Freiheit“ erklärt, mit dieser Kampagne solle der Begriff Ehre neu definiert werden: „Wir kämpfen gegen die Auffassungsweise, mit der die Ehre zwischen zwei Beinen platziert wird.“

Die DÖKH kämpft gegen jede Art von Gewalt gegen Frauen weltweit und in der Türkei, gegen Frauenmorde, sexuelle Übergriffe, Vergewaltigung, den bestehenden Ehrbegriff, die alltägliche Gewalt. Die auf ein Jahr angelegte Kampagne „Wir sind nicht die Ehre von niemandem, unsere Ehre unsere Freiheit“ beinhaltet Aktivitäten vor allem in der Türkei, aber auch im Iran, Irak und in Syrien. Dabei vertritt die DÖKH die Auffassung, dass die Befreiung von Frauen gegen das patriarchale System nur über eine Organisation erreicht werden kann, und kämpft gegen eine Fixierung des Ehrbegriffes auf den weiblichen Körper. Im Rahmen der Kampagne soll auf Rechtsverletzungen unmittelbar reagiert und immer wieder zum Ausdruck gebracht werden, dass eine andere Welt möglich ist.

Die DTP-Abgeordnete Sebahat Tuncel erläuterte zu der Kampagne,

vorausgegangen sei eine umfassende Diskussion darüber, wie die patriarchale Mentalität gebrochen werden könne. „Als DÖKH haben wir den Ehrbegriff hinterfragt. Wer nicht frei ist, steht unter Besatzung und kann nicht von Ehre sprechen. Nichts könnte rückständiger sein, als den Ehrbegriff auf den weiblichen Körper zu fixieren. Es handelt sich um ein Mentalitätsproblem und es reicht nicht aus, wenn nur Frauen dagegen kämpfen. Auch Männer müssen davon absehen, Frauen im Namen der Ehre zu ermorden, Gewalt auszuüben, sie unter Druck zu setzen. Eine gleiche und freie Gesellschaft kann nur durch einen gleichberechtigten Kampf von Frauen und Männern entstehen.“

Mit der Feststellung, dass ohne die Befreiung der Frau auch eine Befreiung der Gesellschaft nicht möglich sei, habe die kurdische Frauenbewegung einen großen Schritt nach vorne gemacht. „Frauen müssen miteinander solidarisch sein. Viele Frauen fühlen sich einsam. Weil sie allein sind, ducken sie sich oder wenden Methoden wie den Selbstmord an. Mit der Kampagne wollen wir Frauen vermitteln, dass sie über Stärke verfügen und dass wir gemeinsam noch stärker sind.“

In der Weltgeschichte seien Frauen, die für eine Revolution gekämpft haben, mit der Zeit immer wieder in ihre alte Position zurückgefallen und hätten keinen Raum im öffentlichen Leben einnehmen können. „Die kurdische Frauenbewegung hat gezeigt, dass das nicht sein muss. Mit ihren Erfahrungen ist sie an einem wichtigen Punkt angekommen. Kurdische Frauen haben sich in einem seit 30 Jahren währenden Kampf verändert und entwickelt. In einer Gegend, in der junge Frauen ohne die elterliche Genehmigung nicht einmal das Haus verlassen können und in der 13- bis 14-Jährige verkauft werden, haben Frauen angefangen, in vorderster Reihe des Befreiungskampfes zu stehen. Damit hat sich der Ehrbegriff schon zu einem wichtigen Teil geändert. Die Ehre eines Menschen wird zunehmend über seinen Kampf für Freiheit und Demokratie definiert. Aber insbesondere an Orten, wo die Stammeskultur noch sehr dominant ist, werden wir immer wieder mit Vorfällen konfrontiert. Es werden Familienräte gegründet, die Entscheidungen über den Tod einer als „ehrslos“ angesehenen Frau treffen. Gegen diese Mentalität muss gekämpft werden.“

(ÖP, 23.12., ISKU)

bung, des Rufens von Personen und des Haltens von Transparenten in Diyarbakir zu jeweils zehn Monaten Haftstrafe verurteilt worden war, hat der Kassationsgerichtshof das Urteil des Strafgerichtes in Diyarbakir aufgehoben und entschieden, neben der Anklage wegen Werbens für eine verbotene Organisation müsse auch eine Verurteilung wegen Mitgliedschaft erfolgen, wofür ein Strafmaß von jeweils fünf bis 15 Jahren Haft vorgesehen ist. Dieser Präzedenzfall wird sich auch auf andere Strafverfahren auswirken. (ANF, 30.12., ISKU)

## Politikerin in Kerkuk ermordet

In Kerkuk ist die Verantwortliche des zur Kommunistischen Partei Kurdistan gehörenden Vereins der Frauen Kurdistans ermordet worden. Gelavej Hüseyin Ali wurde in ihrer Wohnung erstochen. Wie ein Polizeisprecher erklärte, habe sich der Angriff ereignet, nachdem ihr Mann das Haus verlassen habe. Der Leichnam wies zahllose Messerstiche in der Herzgegend und im Gesicht auf. (ANF, 19.12., ISKU)

## Dachpartei in Vorbereitung

Nach langer Vorbereitung durch linke Parteien und verschiedene Initiativen hat in Istanbul am 20. und 21. Dezember ein erstes Treffen zur Gründung einer verschiedenen Strömungen umfassenden Dachpartei stattgefunden. An zwei Tagen diskutierten Hunderte Delegierte über das mögliche Programm einer solchen Partei. Ein Konsens entstand zu den Themen einer demokratischen und friedlichen Lösung der kurdischen Frage sowie einer Politik gegen Armut, Sexismus und Militarismus. Als Ergebnis des Treffens ist eine Koordination bestehend aus VertreterInnen verschiedener Organisationen und unabhängiger Individuen beschlossen worden, die eine Diskussion über die Erforderlichkeiten und Inhalte einer solchen Partei an der Basis auf Kommunalebene vorantreiben soll. Eine Abschlusserklärung der Versammlung steht noch aus. (ÖP, 23.12., ISKU)

## Quellen:

ANF Firat  
Nachrichtenagentur  
ÖP Yeni Özgür Politika  
DW Welt Online

## N ü ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstraße 117 20357 Hamburg** **Tel.: 040 - 421 02 845** **E-mail: isku@nadir.org** bestellt werden. Senden auf unser Konto: **Postbank Köln, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 3968-506** Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

[www.isku.org](http://www.isku.org)

# Bericht zur sozioökonomischen Lage in den kurdischen Provinzen

Nach einem Untersuchungsbericht der „Vereinigung der Stadtverwaltungen in Südostanatolien“ (GABB) werden die kurdischen Provinzen in eklatanter Weise in sozioökonomischer Hinsicht benachteiligt. Öffentliche Investitionen werden vernachlässigt; die in den östlichen Provinzen produzierte Energie kommt lediglich dem Westen der Türkei zu Gute. Die Lage habe sich unter der AKP-Regierung seit 2002 weiter verschärft. Eine Lösung dieser ungleichgewichtigen Situation liegt nach dem Bericht auf der Hand: Frieden.

Der Bericht mit der Überschrift „Sozioökonomische Probleme in Ost- und Südostanatolien und Lösungsvorschläge“ wurde am 19.12. von Dr. Mustafa Sönmez in Amed in Gegenwart des DTP-Abgeordneten Selahattin Demirtas, einem Großteil der 80 Bürgermeister, die Mitglied in der GABB sind, sowie Repräsentanten der Arbeitswelt in Amed, Akademikern und Pressevertretern vorgestellt. Der Bericht umfasst 21 Provinzen: Ardahan, Kars, Erzurum, Iğdır, Ağrı, Dersim, Mus, Erzincan, Bingöl, Malatya, Elazığ, Amed, Bitlis, Van, Siirt, Batman, Adıyaman, Mardin, Urfa, Hakkari und Sırnak.

Dr. Mustafa Sönmez ging zunächst auf das Problem der Arbeitslosigkeit ein. Mit statistischen Daten erläuterte er, dass die Arbeitslosenzahlen höher seien als im Durchschnitt der Türkei. Aufgrund der „nationalistischen, chauvinistischen Lynchkultur“ sei es für die Menschen aus der Region kaum mehr möglich, zum Arbeiten in die türkischen Provinzen zu gehen. Durch die Migrationsbewegungen vom Land in die Stadt sei außerdem eine „verarmte Masse“ in den Städten entstanden. Besonders betroffen seien davon Frauen: 94 Prozent der Frauen in der Region seien von der Lohnarbeit ausgeschlossen.

Zur von der AKP häufig zur Sprache gebrachten Konjunkturförderung erläuterte Sönmez, die staatlichen Investitionen in allen 21 Provinzen zusammen seien ebenso hoch wie die in der westlichen Provinz Bursa. Vom öffentlichen Haushalt seien 19 Prozent für die kurdische Region vorgesehen; davon würden jedoch 30 Prozent für militärische Ausgaben verbraucht. Falls wirklich über einen regionalen Aufschwung eine türkeiweite Angleichung gewollt werde, müsse das Budget, das seit 30 Jahren offiziell und inoffiziell

für den Krieg verwendet werde, für den Aufbau des Friedens genutzt werden.

Unter den OECD-Ländern stehe die Türkei an erster Stelle bei den inländischen regionalen Entwicklungsunterschieden. Auch gehöre es zu den wichtigen EU-Aufnahmebedingungen, diese Unterschiede auf ein akzeptables Niveau zu bringen. Stattdessen seien in der Türkei Rückschritte zu verzeichnen, wie ein Blick auf das Durchschnittseinkommen der vergangenen Jahrzehnte zeige. So sei das Durchschnittseinkommen der 15-16 Prozent in den kurdischen Provinzen lebenden Einwohner der Türkei 1965 noch 10,5 Prozent des Gesamteinkommens gewesen; bis 2001 sei es auf 7,2 zurückgegangen. Bei allen statistischen Aufzählungen seien die letzten 21 Plätze von den kurdischen Provinzen belegt.

Offensichtlich werde das Ungleichgewicht in der Türkei auch anhand statistischer Angaben zur Gesundheitsversorgung sowie zu den Schulen. So unterrichtete beispielsweise ein Lehrer im Durchschnitt in der Türkei 24 Schüler; in Urfa seien es 57.

(ÖP, 20.12., ISKU)